

Aussprache

Der DGB muss handeln

(Zu dem Gespräch mit Ulrich von Alemann in Heft 1/2002, S. 2-7.)

Ulrich von Alemann ist uneingeschränkt zustimmen. Wir brauchen in den Gewerkschaften eine Grundsatzdebatte über die Struktur des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dies würde die Position aller Gewerkschaften stärken und die Umsetzung der gemeinsamen Ziele fördern. Der DGB-Bundeskongress im Mai 2002 kann dafür richtungweisende Signale setzen.

Die innere Verfasstheit der Gewerkschaften unter dem Dach des DGB ist in der Tat eine offene Frage. Von Alemanns Bemerkung, die Umsetzung programmatischer Vorstellungen löse sich nicht von alleine, ist deshalb nur zu berechtigt. Es besteht Handlungsbedarf. Dabei steht die Frage, wie eine solche Debatte ausgelöst bzw. Vorhandene Ansätze gestärkt werden können, im Vordergrund. Dies können nur die Gewerkschaften selbst tun. Sicher wollen sie das auch. Wie aber steht es um ihre objektive Fähigkeit zu einer Verfassungsdebatte? Reicht das Wissen um die Handlungsnotwendigkeit aus, um einen solchen Prozess in Gang zu setzen?

Wunsch und Wissen allein dürften indes nicht genügen, eine Verfassungsdebatte zu betreiben. Aber es gibt weitere gewichtige Gründe.

Da ist zunächst der Hinweis von Alemanns, „der DGB selbst (täte) gut daran ..., in dieser ... Reformdebatte eine initiiierende und prägende Rolle zu spielen“ und seine Bemerkung, er, der DGB, sollte „mehr Mut zu eigener Gestaltungskraft haben“. Von Alemann bringt damit die 50-Jahr-Feier des DGB im Oktober 1999 in München in Erinnerung (vgl. dazu Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 12/99, S. 705ff. und Heft 4/00, S. 246-248). Auch dort wurde die Umsetzung des Grundsatzprogramms diskutiert.

Franz-Josef Möllenberg, Eva-Maria Stange, Regina Görner und andere haben dazu einen DGB gefordert, der bereit ist, „seine Maklerrolle offensiv wahrzunehmen“ und nicht darauf wartet, „dass die großen Gewerkschaften sprechen und (sich dann daran) orientiert.“

Von Alemann regt ferner an, über eine Zusammenarbeit aller Gewerkschaften jenseits der großen nachzudenken. Eine bemerkenswerte Idee, denn warum sollten sie nicht überlegen, ob ihre Interessen nicht noch besser platziert werden können, wenn sie sich - in welcher Form auch immer - unter dem Dach des DGB zu Gemeinsamkeiten zusammenfinden. Dies würde zudem die Gewerkschaften insgesamt stärken.

Die Zeit scheint reif, dass auf dem Bundeskongress ein Zeichen gesetzt wird. Vorboten sind nicht zu übersehen. „Der DGB muss nicht nur Mittler sein, sondern auch Motor... (Er) muss (dazu) den inhaltlichen Zusammenhalt der Gewerkschaften fördern und muss mithelfen, Streitigkeiten und Konkurrenz untereinander abzubauen“. Diese Worte des designierten DGB-Vorsitzenden, Michael Sommer, in einem Interview mit dem „einblick“ (5/02 vom 18. März 2002, Seite 5) werden auf dem Kongress breite Zustimmung finden. Dies kann gleichzeitig das Zeichen zum Aufbruch sein. Drei oder vier starke Säulen, die dann das gemeinsame Dach des DGB tragen, festigen für alle die politische Durchsetzungskraft. Die Verschiedenartigkeit der kleineren Gewerkschaften kann dabei durchaus ein Vorteil sein, denn sie haben kaum Abgrenzungsbedarf untereinander.

Es drängt sich förmlich auf: Der DGB muss handeln, will er seine prägende und mitgestaltende

Kraft in der Gesellschaft unter Beweis stellen. Die Schaffung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft - ver.di - ist ein großer Schritt nach vorn. Er eröffnet die Chance für alle Gewerkschaften und eine insgesamt gestärkte Position. Dazu ist es aber erforderlich, dass sie ihre Verantwortung vor der Geschichte noch mehr erkennen und zur sichtbaren Handlungsmaxime im Alltag machen. Und sich über die eigene Rolle, ihr Verhältnis zu den anderen Gewerkschaften und zum DGB Klarheit verschaffen. So gesehen sind die Bildung von ver.di und die vorangegangenen Zusammenschlüsse anderer Gewerkschaften eine nahezu einmalige Chance.

Der DGB-Bundeskongress im Mai 2002 bietet die Gelegenheit, die in Jahrzehnten gewachsene gewerkschaftliche Identität fortzuentwickeln. Wenn auch der Begriff der Solidarität jüngere Menschen wohl nicht mehr „von den Stühlen reißt“, so neige ich doch - anders als Ulrich von Alemann (?) - dazu daran festzuhalten. Es muss unser aller Ziel sein, „dass die Idee der Gewerkschaft zusammenzustehen und einander zu helfen, wieder stärker in das Bewusstsein rückt.“ (Michael Sommer im „einblick“). Allein das Gefühl der Zusammengehörigkeit reicht allerdings für tatsächliche Geschlossenheit nicht aus. Das hat schon 1996 das DGB-Grundsatzprogramm deutlich gemacht, in dem es heisst, „Solidarität ist keine Selbstverständlichkeit, auf die man aufgrund gleicher Lebenslagen, gleicher sozialer Herkunft und gleicher kultureller Bindungen bauen kann. Solidarität ist stärker als früher Ergebnis von Einsicht, die geweckt und gestärkt werden muss“. Deshalb brauchen wir bei der Suche nach einer zeitgemäßen Verfassung beides: das Gefühl und den Verstand. Beides zusammen bildet den Stoff, aus dem die Solidargemeinschaft zukunftsfest gemacht werden kann. So wie die IG Metall eine Zukunftsdebatte führt, brauchen die Mitglieder aller Gewerkschaften eine reale Utopie bis hin zu der Vision eines Gewerkschaftsbundes als Mitgliedergewerkschaft.

Auch Skeptiker in den eigenen Reihen müssen jetzt erkennen, dass die Zukunft tätig angepackt werden muss und es nicht ausreicht nur zuzuwarten. Dazu müssen neue Zeichen und Strömungen intensiver als bislang - die Probleme bei der Öffnung der Gewerkschaften für Arbeitslose sollten eine mahnende Erinnerung sein - aufgegriffen werden.

Die Reform der Organisationsstruktur, die der DGB auf dem Bundeskongress abschließen will, ist eine wichtige Teilstrecke, aber nicht mehr. Dabei „verträgt“ auch sie noch Verbesserungen. Etwa eine stärkere Diskussion um das bürgerschaftliche Engagement und seine Chancen für die Gewerkschaften. Deshalb muss die Diskussion um die innere Struktur der DGB-Regionen fortentwickelt werden. Die ehrenamtlichen Strukturen als gewerkschaftliches Potenzial „offensiv politisch zu nutzen“ (Michael Sommer), setzt freilich voraus, dass eine ausreichende Zahl zum Engagement bereiter Kolleginnen und Kollegen gefunden werden. Noch fehlen verlässliche Antworten auf die Fragen, wie Ehrenamtler aller Generationen gewonnen und „bei der Stange“ gehalten werden können. Auch ist die Akzeptanz ehrenamtlicher Mitstreiter heute keineswegs für alle Hauptamtler eine Selbstverständlichkeit. Von Alemanns Aussage, dass „die mittleren Schichten und Generationen häufig an überkommenen Rollen, Strukturen und Funktionen kleben“, ist sicher nicht falsch. Anders ist kaum zu erklären, dass den in nahezu jedem zweiten (früheren) Kreis bestehenden DGB-Seniorenzusammenschlüssen ihre Koordinierungsmöglichkeit auf Bundesebene genommen wurde. Ein solches Verständnis verkennt, welche Chancen aktive Seniorinnen und Senioren für den DGB bedeuten können.

So wie die IG Metall ihre ehemaligen Funktionäre im Ruhestand zu weiterem Mitmachen motiviert, ver.di seinen Seniorinnen und Senioren eine gleichberechtigte Rolle einräumt, könnte auch der DGB in Zukunft vorgehen.

Mehr Mut zur Wahrnehmung von Führungsaufgaben durch den DGB ist jetzt gefragt. Denn er will den Menschen über die fach-, berufs- und branchenbezogenen Aspekte hinaus eine politische Heimat bieten. Nimmt er diese Rolle und Funktion nicht wahr, dann wird er weiter an Bedeutung verlieren. Bereits jetzt bilden sich neue Strukturen in Wohlfahrts- und Sozialverbänden, in Selbsthilfe- und Nachbarschaftsgruppen und beim Verbraucher- und Patientenschutz heraus, denen die Politik zunehmend Beachtung einräumt. Dies sollte nicht übersehen werden.

*Karl-Heinz Köpke,
Hamburg*